Montags-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag und 14tägig Donnerstags „Der Geistbiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", 14tägig Donnerstags „Haus und Garten", jeden Freitag Blatt „U.A.". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 12.75 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr, Deutschland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 4.50 Mark, vierteljährlich 13.50 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das Ausland und Ausland 19 Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46–49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181–10144, für den Fernverkehr Nr. 14207–14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 2.50 u. 40% Aufschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 2.— die Zeile. Inserat.- u. Abonn.-Ann. in Gr.-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem Str. 46-49. Filialen: Leipzig. Str. 163; Potsd. Str. 33; Kimmerstr. 50; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 40; Schönh. Allee 141; Moritzpl.; Kopenicker Str. 67/68; Rathenow Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 326; Pilotstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 99; Nikolsb. Str. 25/26; Kaiserd. 30; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewaldstr.; Hohenzollernpl.; Lichterfelde: Fritz. Allee 24; Lichterf.-Ost: Curtiusstr. 12; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Borkholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 53/54; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Eberswalde: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 32; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 6.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 559 • Ausgabe A Nr. 304
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 559

Montag, 24. November 1919
48. Jahrgang

T. W. Es traf sich sehr gut, daß in Berlin die Deutschnationalen gerade ihren großen Tanz aufführten, als der französische Nationalismus seine letzten Warnungen und Beschwörungen an die Wähler gehen ließ. Die Wahlen in Frankreich wären auch ohne die Hilfe, die dem französischen Nationalismus wieder von dem deutschen gespendet wurde, reaktionär und zugunsten der Gewaltpolitiker ausgefallen, aber es ist doch interessant, zu sehen, wie die Berliner Veranstaltungen schnell ausgenutzt worden sind. Obgleich alle nichtsozialistischen Journalisten, des Druckerstreiks wegen, ihre Literatur in einem einzigen, gemeinsamen Blatte, der „Presse de Paris", zusammendrängen mußten, und der Raum knapp war, wurden ungemein ausführliche Berichte über die deutschnationale Erhebung getracht. In einem dieser Berichte mit der Ueberschrift „Hindenburg und Ludendorff bleiben die Abgötter der Berliner", hieß es, man müsse „den Manifestationen beigewohnt haben, um ganz zu verstehen, wie sehr der Korporalismus in der deutschen Seele verankert ist . . .". „Da habt ihr sie, eure teuere deutsche Republik!" rief die „Liberté" höhnisch den französischen Sozialisten zu. Alle Federn wurden in Bewegung gesetzt, um in der Wahlstunde dem Volke klar zu machen, daß in Deutschland der kaiserliche Militarismus wieder erwache, und daß nichts gefährlicher sein könnte, als internationalistische Versöhnungsträumereien. Man muß wiederholen: Frankreich hätte auch dann, wenn im Berliner Tiergarten kein Heldenjüngling den Mund aufgerissen hätte, eine unbeugsame Foch- und Clemenceau-Kammer gewählt. Die Deutschnationalen haben den gleichgestimmten Pariser Wahlmachern sozusagen noch den Pfeffer geliehen, den ein gerissener Pferdehändler den Pferden unter den Schwanz zu stecken pflegt.

Die französischen Sozialisten haben von ihren hundertundzwei Sitzen nur noch fünfundfünfzig behalten, die Sozialistisch-Radikalen, die sich nicht in den „nationalen Block" hatten einfangen wollen, sind zerschmettert, und „sabre et goupillon", Säbel und Weihwedel, wie man in der Dreyfusepoche zu sagen pflegte, sind das triumphierende Symbol. Siegesstolz und Furcht vor dem Besiegten, ein unerhört unfaßbares Wahlsystem und eine tolle Verblendung des Sozialismus haben dahin geführt. Durch das System der Listenwahl, das die Regierungsparteien ausgeklügelt und durchgesetzt hatten wurden nur die Majoritäten in jedem Wahlbezirk begünstigt, die Minoritäten ausgeschaltet und unterdrückt. Da die Rechtsparteien sich im Block vereinigt hatten und zusammen fast überall mehr Stimmen als die allein kämpfenden Sozialisten aufbrachten, konnte es geschehen, daß im Seinedepartement mit dreihundertundachtzigtausend Stimmen sechsunddreißig Mandate, die Sozialisten mit zweihundertundfünfundsechzigtausend nur zehn Mandate erwarben, und daß der Sozialismus in Elsaß-Lothringen für eine hunderttausend Stimmen nicht ein einziges Mandat erhielt. Aber wenn die französischen Sozialisten und ihre deutschen Freunde den Zusammenbruch allein mit dieser Ungerechtigkeit erklären, oder wenn sie ihn mit dem Hinweis auf das Anwachsen ihrer Stimmenziffern leugnen wollen, so machen sie sich und anderen etwas vor. Der rote bolschewistische Helmbusch, den Herr Longuet kühn im Winde flattern ließ, hat nicht wie der weiße Helmbusch Heinrichs des Vierten bei Ivry Begeisterung erweckt. Am gleichen Tage haben in Italien die Sozialisten einen großen Wahlsieg errungen, haben in Belgien die Sozialisten und Liberalen die katholische Mehrheit, die seit Jahrzehnten geherrscht hatte, zersprengt. Im französischen Parlament ist der Sozialismus, der das bolschewistische Gift für einen Belebungstrunk gehalten hatte, zu einem in die Ecke gedrückten, schmächtigen und ohnmächtigen Häuflein zusammengeschrumpft. Die Literaten, die Theoretiker, die Aestheten, die träumenden Lenin-Schwärmer, die fanatischen Zerstörungskünstler haben den französischen Sozialismus von der nationalen Heerstraße, auf der er seit dem Tode des unerreichbaren Jaurès fuchtsam hingetrottet war, in ein Dornengestrüpp hineinkutschiert. Diese bolschewistische Parole trieb viele, die sich in ihrem berechtigten Selbsterhaltungstriebe bedroht fühlten und neue Erschütterungen abwehren wollten, in das reaktionäre Lager hinein. Haben diese vielen richtig gedacht und war eine Politik weitsehend, die alle linksrepublikanischen Tendenzen so sehr beiseite schob? Wahrscheinlich nein. Jene antiklerikalen Kreise, die nun dem Klerikalismus wieder zur Herrschaft verholfen haben, werden ihre Bereitwilligkeit bald bereuen. Und es ist doch wohl ein besonderer Fehler, wenn in Zeiten einer schweren wirtschaftlichen Krise das Parlament in so überwiegendem Maße aus Vertretern der einseitig kapitalistischen Interessen und aus verhärteten Rückwärtsern besteht. Diese Krise beendet man ja nicht durch ein Wahlresultat. Die Ursachen des allgemeinen Unbehagens schwinden noch nicht, weil der „nationale Block" vierhundertzwanzig Politikern zu Kammersitzen verholfen hat. Die Ursachen bleiben, und das Unbehagen bleibt. Und eine so gewaltsame, durch erkünstelte Allianzen geschaffene, unausgeglichene, von einem großen Teil des Volkes feindselig betrachtete Kammer kann schwerlich die wichtige Aufgabe erfüllen, ein Ventil zu sein.

Obgleich wir genug mit unseren eigenen Sorgen zu tun haben, können diejenigen, die sich politisch beschäftigen, nicht ganz das unbeachtet lassen, was den anderen Sorge macht. Alle Aeußerungen der französischen und englischen Presse zeigen eine tiefe und sehr begreifliche Verstimmung über die

Rückreise Simsons aus Paris nach Berlin.

Beratung über die neuen Bestimmungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

VA **Genf**, 23. November.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Ratifizierung haben abermals eine Unterbrechung erlitten. Herr Dutasta, Sekretär der Friedenskonferenz, und Philippe Berthelot, der Direktor der politischen Abteilung im Ministerium des Aeußern, haben mit Herrn v. Simson, dem Chef der deutschen Mission, wie gemeldet, Besprechungen über die Unterzeichnung des letzten Protokolls eingeleitet. Simson erklärte aber, daß seine Vollmachten zur Entscheidung nicht ausreichen und ist nach Berlin abgereist. Man hofft, daß er bald zurückkehrt. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, die Sache zu beschleunigen und haben Deutschland ersucht, sobald wie möglich die Schriftstücke, die die letzten Verpflichtungen enthalten, zu unterzeichnen.

Haag, 23. November.

Die Rückreise Simsons ist notwendig geworden, da sich der deutsche Delegierte mit seiner Regierung und der Nationalversammlung über die neuen Bestimmungen des Abkommens beraten muß.

Paris, 23. November. (W. T. B.)

Die „Presse de Paris" schreibt, daß die Abreise Simsons mit seinem ganzen technischen Gefolge nach Berlin zu zahlreichen Kommentaren Anlaß gegeben habe. Das Blatt fügt bei, daß Simson nach einer Besprechung mit den französischen Delegierten Dutasta und Berthelot auch mit den englischen und amerikanischen Delegierten konferierte. Simson erklärt seine Abreise damit, daß das Deutschland zur Unterzeichnung vorgelegte Protokoll betreffs der Nichtinnehaltung 1.8 Waffenstillstandes und der über die Einzelheiten der Ausführung des Friedensvertrages gepflogenen Verhandlungen eine Befragung des Reichskabinetts notwendig mache. Er fügte nicht bei, daß er zu einem bestimmten Zeitpunkt wiederkommen würde. Dies macht den **Austausch der Ratifikationsurkunden vor dem 1. Dezember nahezu unmöglich**, das heißt der Friede wird nicht an dem vom Obersten Rat grundsätzlich festgesetzten Zeitpunkt in Kraft treten können.

*

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei in der Nationalversammlung hat bei ihrem Wiedervorzusammentritt unter anderen Gegenständen auch die Ententenote über die **Zusatzforderungen zum Friedensvertrage** besprochen. Die Fraktion war einstimmig der Auffassung, daß die Erfüllung der gestellten Forderungen eine Zerstörung der Möglichkeit bedeutet, Handel und Schiffahrt wieder aufzubauen. Sie tritt daher für **Ablehnung** der Forderungen bei der Reichsregierung ein.

Foch Präsidentschaftskandidat?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA **Genf**, 23. November.

Genfer Blätter lassen sich aus Paris melden, daß Marschall Foch für einen Sitz im Senat kandidieren werde, sich aber vorher für keinen bestimmten Wahlkreis entschieden habe. Die Wähler des Kreises Finistère, wo Foch sein Landhaus hat, haben ihm diesen durch den Tod Louis Pichons freigewordenen Sitz angeboten. Sofort ist das Gerücht aufgetaucht, daß der Marschall einer der Kandidaten für das Elysée sein werde. Dieses Gerücht muß wiedergegeben werden, so unwahrscheinlich es klingen mag. Bis jetzt hat kein französischer Politiker ernsthaft und offiziell seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufgestellt. Das hindert aber die neugewählten Abgeordneten, die sich in den Wandelgängen des Palais Bourbon einstellen, nicht, jeden Tag einen neuen Vorschlag zu machen. Gestern erklärte Viviani, wie gemeldet, seinen Freunden, Clemenceaus Präsidentschaft sei sicher; heute spricht man von Foch, und gleichzeitig meldet „Oeuvre", daß Marschall Pétain über das Luxemburg-Palais ins Elysée strebe.

Die Eröffnung der französischen Universität Straßburg.

(Telegramm.)

Straßburg, 23. November. (Havas.)

Präsident Poincaré und die Marschälle Foch, Pétain und Joffre nahmen eine Truppenschau ab. Später fand ein Bankett statt, bei dem Poincaré die Vertreter der ausländischen Universitäten begrüßte, deren Anwesenheit beweise, daß das Weltgewissen die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich billige. „Mögen Ihre Entdeckungen," fuhr er fort, „nun wieder der Zivilisation zugute kommen, möge die Wissenschaft dazu beitragen, die Wunden zu heilen und die Ruinen zu beseitigen sowie die Rückkehr von barbarischen Ueberfällen zu vermeiden. Mögen Sie Ihr Glück finden in der Arbeit, in der Liebe und im Dienste des Schönen und Wahren." Nach dem Bankett präsidierte Poincaré einer feierlichen Sitzung der Studenten, wobei ihm die Fahne, die die elsaß-lothringischen Studenten vor dem Kriege in Frankreich gehabt hatten, übergeben wurde. Poincaré drückte seine Freude darüber aus, daß die Jugend Frankreichs und Elsaß-Lothringens nunmehr vereinigt sei. „Während des Krieges", sagte er, „wurden die Elsässer einer schweren Probe unterworfen. Einem Teil gelang es aber, unter der französischen Fahne zu kämpfen. Nun sei der Alpdruck von der Jugend gewichen, und sie könne mit den alliierten und befreundeten Ländern froh zusammenarbeiten an dem Wiedererwachen der Zivilisation."

Vorgänge im amerikanischen Senat. Die Weigerung, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren, hat die Ententevölker zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß das gemeinsam mit Amerika vergossene Blut kein für alle Fälle haltbarer Kitt ist, oder daß doch auf die Hilfe Amerikas bei der Entwirrung des europäischen Chaos und beim Schutze des in Versailles errichteten Phantasiegebäudes nicht absolut gerechnet werden darf. Selbst wenn die Vereinigten Staaten den Vertrag noch ratifizieren sollten, muß der Eindruck fortwirken, daß sogar die Opposition gegen jede weitere Beteiligung sehr stark ist und daß man die amerikanische Garantie nicht als ganz sicher ansehen kann. Welche Bedeutung hätte die Ablehnung der Ratifikation durch Amerika für uns? Wir brauchten nicht so verstimmt herumzugehen wie die Ententevölker, wir könnten gemischte Gefühle haben, aber wir hätten zu reiner Freude sicherlich keinen Grund. Zunächst muß man allerdings bemerken, daß wir die Ereignisse in Washington nicht ganz sicher beurteilen können, da uns alle Nachrichten über England kommen und die englischen Telegraphenagenturen sich nicht bemühen dürften, die Dinge in einer für uns angenehmen Weise darzustellen. Aber würde es uns viel Nutzen bringen, wenn Amerika, als selbstverständliche Folge einer Nichtratifizierung, beschließen würde, seine Truppen in Koblenz durch Engländer oder Franzosen ersetzen zu lassen und seine Vertreter aus allen Kommissionen zurückzuziehen? Gewiß, man würde dann direkt über die wirtschaftlichen Beziehungen, über die noch ungelösten Rechtsfragen und über alles verhandeln, was Amerika und uns allein betrifft. Zuviel davon zu erwarten, wäre Unvernunft. Jene Abneigung der Amerikaner, sich noch mehr in die europäischen Angelegenheiten einzumischen, und jener für die Entente so peinliche Wunsch nach Abschließung, nach Trennung von Europa, wird auch deutsch-amerikanischen Verhandlungen nicht günstig sein. Die Amerikaner werden uns gerade soviel geben, wie ihr eigener Nutzen fordert, und sie werden uns auch Kredite bewilligen, um ihren Ueberfluß an Rohstoffen bei uns absetzen zu können, aber für lange Zeit wird das Bestreben bei ihnen vorwalten, uns, wie dem übrigen Europa, dessen Reize ihnen nicht mehr anziehend scheinen, nur das Minimum des notwendigen Beistandes zu leihen. Dieses Minimum werden sie uns, ihres eigenen Marktes wegen, nicht vorenthalten, auch wenn der Vertrag doch noch ratifiziert werden wird. Somit entstände uns aus der Verweigerung ihrer Unterschrift höchstens ein moralischer Gewinn. Es ist wahr, daß eine kluge Staatskunst bisweilen solche moralischen Gewinne allmählich, ganz allmählich, in politische Gewinne umzumünzen weiß. Dazu muß eine solche Staatskunst wachsam und begabt mit selbständigen Gedanken sein.

Wir haben, um es offen zu sagen, bisher nicht die Empfindung, daß aus den Himmeln unserer auswärtigen Politik ein bahnweisender Stern durch die Dunkelheit strahlt. Aber es ist natürlich sehr schwierig, überall dort wieder anzuknüpfen, wo das alte militaristische Regime die Fäden zerschnitten hat. Vieles, und zum Beispiel der Geist der Initiative, fehlt. Ein Land kann sich auch als eigene Persönlichkeit zeigen, wenn es von übermächtigen Gegnern angekettet ist. Parlamentarische Kontrolle darf nicht mit einer Fraktionsmächlerei verwechselt werden, die sogar über die Ernennung von Gesandten mitzuentscheiden sucht. Das und anderes fordert die Kritik heraus. Schlimmer aber als alles war doch jene „auswärtige Politik" des Großen Hauptquartiers, von der im Untersuchungsausschuß die Rede war. Es ist begreiflich, daß man auf deutschnationalen Bierbänken und Schulbänken sie verherrlicht, denn sie war wirklich durch und durch „deutschnational". Der militärische Instinkt war alles, und Leute, die ein fremdes Land genau kannten, schienen unsympathisch und wurden versemt. Jeder deutschnationale Mann hat gegen solche Auslandskenner einen tiefgegründeten Verdacht. Statt den Knoten, wie diese unsympathischen Ratgeber empfohlen hatten, abwartend zu entwirren, hieb man ihn mit dem Schwerte entzwei. Wenn man dabei nicht in die Lebensader des deutschen Volkes hineingeschnitten hätte, würde Ludendorff Alexander der Große sein. Die Republik hat noch keine auswärtige Politik — und das ist immer noch besser als eine deutschnationale —, sondern wehrt sich bis jetzt nur mit ihren schwachen Mitteln gegen die immer neuen Forderungen, die man ihr schickt. Sie wird sich wohl wieder wehren müssen, denn Herr v. Simson ist unterwegs nach Berlin.